

# Mehr für CARE!

Carearbeit hält die Gesellschaft zusammen. Und ist immer noch un- oder unterbezahlt

Die Kosten und Belastungen durch die Corona-Krise sind sehr ungleich verteilt. Frauen und Männer in systemrelevanten Berufen haben unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen die wichtigsten Bereiche unseres Alltags aufrecht erhalten. Die Regierung nimmt viel Geld in die Hand, aber Pflegefachkräfte, Pädagog\*innen, „Systemerhalter\*innen“ und Alleinerzieher\*innen erhalten davon kaum etwas. Deswegen gibt es die Initiative „Mehr für CARE – für ein feministisches Konjunkturpaket!“.

Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit setzen dort an, wo die größten Belastungen durch die Coronakrise entstanden sind und die meisten Arbeitsplätze entstehen. Damit kann die Situation von Frauen und das Leben von allen verbessert werden!

## Ein feministisches Konjunkturpaket

★ Ein Zukunfts- und Bildungspaket im Ausmaß von fünf Milliarden Euro: Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen. Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher\*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

★ Ein Pflegepaket im Ausmaß von vier Milliarden Euro: Eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben schafft menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

★ Ein Solidaritäts- und Lebensrettungspaket im Ausmaß von drei Milliarden



Euro: Das Solidaritäts- und Lebensrettungspaket schützt die Gesundheit und bringt gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Vorteile mit sich. Gewalt gegen Frauen und psychosoziale Belastungen haben nicht nur individuelle, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und

Mindestsicherung sichert Lebensgrundlagen und schafft jetzt besonders wichtige Nachfrage.

## Und wer bezahlt das?

Dieses Paket finanziert sich durch Rückflüsse ins Budget und ein großes, derzeit unausgeschöpftes Einnahmepotential: durch Erhöhung des An-

teils von vermögensbezogenen Steuern, durch eine progressive Besteuerung von Unternehmensgewinnen und den Stopp umweltschädlicher Förderungen.

Mehr Informationen zur Initiative „Mehr für Care“ findet ihr unter: [mehr-fuer-care.at/](https://mehr-fuer-care.at/). Als IG Social werden wir uns an deren Aktivitäten beteiligen.

## Regierung will Sozial- und Gesundheitsbereich spalten

Es ist ein Anfang, dass die Regierung einen ersten Schritt setzt und für ÄrztInnen und Pflegekräfte in Krankenhäusern, Pflegeheimen und im extramuralen Bereich eine COVID-Prämie beschlossen hat. Weniger erfreulich ist es, dass diese Prämie mit lächerlichen 500 Euro die Leistung, Verantwortung, Belastung und Gefahr für die KollegInnen in Anbetracht der Pandemie so ganz und gar nicht widerspiegelt.

Vollends skandalös aber wird es, wenn die Regierung schlicht und einfach auf den Großteil der Beschäftigten in unserer Branche vergisst. Leisten andere Berufsgruppen weniger? Ist die Gefahr in anderen Arbeitsbereichen geringer? Nein! Die Regierung

glaubt einmal mehr, den drohenden Pflegenotstand mit Peanuts lösen zu können.

Und mehr sind 500 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei in Anbetracht der Dauerbelastung aller KollegInnen in unserer Branche nicht, auch wenn der Betrag auf den ersten Blick für viele attraktiv sein mag. Bedenken wir, dass wir seit mittlerweile fast 16 Monaten unter enorm erschwerten Bedingungen – und dazu gehört auch Home Office – arbeiten.

Aus dieser Perspektive betrachtet bleiben für die meisten KollegInnen gerade einmal 31,25 Euro pro Monat. Das hört sich dann schon gar nicht mehr so toll an. Auch nicht für die Minderheit der KollegInnen, die auf-

grund kollektivvertraglicher Regelungen wie z.B. im SWÖ, bei der Caritas oder Diakonie für 2,5 Monate im Jahr 2020 eine COVID-Prämie bekommen haben.

Wir bleiben daher, bei der von unserer GPA erhobenen Forderung von 150 Euro Prämie pro Monat der Pandemie. Da wir wissen, dass schöne Worte nicht reichen, um die Regierung zum Handeln zu zwingen, haben wir als IG Social Wien gemeinsam mit vielen BetriebsrätInnen am 8.6. ein Zeichen gesetzt und die Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Nationalrat unseren Unmut spüren lassen.

Von dieser Kundgebung stammt auch das Titelfoto dieser Ausgabe unserer Wandzeitung.

## Wir verdienen mehr!

Seit 16 Monaten hören wir fast täglich von den politisch Verantwortlichen wie wichtig, toll, systemerhaltend, gesellschaftlich wertvoll, heldenhaft und und und wir sind ...

Schöne Worte – wahrlich. Und die tun auch gut, sagen viele KollegInnen. Aber können wir mit diesen schönen Worten und all dem Applaus Einkaufen gehen? Miete und Betriebskosten bezahlen? Unseren Kindern eine gute Ausbildung und eine schöne Freizeit, die sie gerade jetzt dringender brauchen als je zuvor, ermöglichen?

Die im Vergleich zu vielen anderen Branchen geringe Bezahlung ist eine der Ursachen, warum in Teilen unserer Branche ein Personalnotstand existiert, der sich ohne massive Veränderung der Arbeitsbedingungen weiter verschärfen wird.

Diese ist aber nicht der einzige Grund. Oft überlange Arbeitszeiten – die Regierung hat vor Kurzem die Verkürzung der Arbeitszeit von ÄrztInnen ausgesetzt – führen zu einer enormen Belastung in einer Branche, die ohnehin von psychischer und körperlicher Schwerarbeit geprägt ist.

Was wird der Regierung als nächstes einfallen, um nur ja keine strukturellen Änderungen vornehmen zu müssen?

Wir als IG Social wissen jedenfalls, was es zusätzlich zur COVID-Prämie auf Dauer braucht: Mehr Gehalt, viel mehr Freizeit und mehr Personal, welches bei einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch gefunden werden wird.

Unterstützt bitte unsere Forderungen und dich selbst auf <https://worte-reichen-nicht.at/>.